

# Wilsdruffer Tageblatt

Sprechsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

**Wichtig!** Alle mit dem Namen der Gewerkschaften verbundenen... (Text regarding labor union dues and membership information)



Postfachkonto 20 Dth. für die gewählte Vereinsgröße... (Text regarding subscription rates and postal account details)

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Köstig, für den Inzerenten: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 271.

Dienstag den 23. November 1920.

79. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Allgemeine Ortskrankenkasse Wilsdruff-Stadt.

Montag den 29. November 1920 abends 7 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

### ordentliche Ausschusssitzung.

- Tagesordnung:**
1. Festlegung des Voranschlages für 1921.
  2. Wahl des Rechnungsausschusses.

3. Satzungsänderung.
4. Verschiedenes.

Wilsdruff, am 22. November 1920.

Paul Neumann, Vorsitzender.

**Brennholz** (harte Holzstücke) kommt in den nächsten Tagen. Zentner 8,50 M., zum Verkauf. — Anmeldungen zum Bezuge am 24. u. 25. d. M.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die Reichsregierung hat an den Völkerbund einen Protest gegen die Mandatsverteilung der früheren deutschen Kolonien gericht.
- \* Die angeforderte Schlichtungsordnung soll dem Reichstag im Januar zugehen.
- \* Das Reichsgericht hat Sachsen, Hamburg und Bremen zur Wiedereinführung des Religionsunterrichts verurteilt.
- \* Im Befinden des erkrankten vormaligen deutschen Kaisers ist eine leichte Besserung eingetreten.
- \* In Italien ist den Frauen das Gemeinbewirtschaftungsrecht verweigert worden.
- \* Die amerikanische Regierung lehnt die Anerkennung der Sowjetunion ab.
- \* Die Königin-Mutter Olga hat die Regentschaft in Griechenland übernommen.

### Dhnmacht!

Die Weltordnung, die in Genf verjammelt und, zeigen sich groß und mächtig in einer Eigenschaft, in der heutige Welt leider auch außerhalb ihrer Reihen das erste Mal getroffen wird: im Nieden. Es werden langatmige, einbändigste, leidenschaftliche und staatsmännliche Reden gehalten, ganz gewiss, es treten dabei auch manderlei Ermahnungen auf, die großen Herren aus London, und namentlich aus Paris, nicht gerade angenehm in die Ohren klingen. Unter diesen aber gehen drinnen in der Welt der Tatfachen Streik und Jaul, Reib und Hag, Gewalt und Krieg weiter ihren Weg, als gäbe es nichts, was auch nur im entferntesten eine Vernunftordnung der Völkerzusammenlebens durch glückliche Abereinfindung, durch unparteiliche Entscheidung wohlgeleiteter Schiedsrichter ermöglichen könnte.

Wir sehen, daß eben jetzt ein polnischer General-Krieg gegen die Hantische Front eingeleitet hat, obwohl eine Kontrollkommission des Völkerbundes an Ort und Stelle war, um den Wiederaustritt von Feindseligkeiten zu verhindern. Sie appelliert nun an die Warschauer Regierung und an die gegenwärtigen Gewalthaber von Warschau, denen man die 'Groberung' dieser nichtpolnischen Stadt so außerordentlich leicht gemacht hat. Jede Schuld rächt sich eben auf Erden. Hätte man den Polen nicht gar zu freie Hand gelassen in der Befriedigung ihrer Rändergier, in der ungeschlachten Herrschaft und Unterdrückungssucht seiner nachgebenden Welt, würde man sich jetzt weniger rüchschloslos von ihm behandeln sehen, aber gerade jetzt hat der Völkerbund eben diesen Polen sogar das militärische Mandat über Danzig in Aussicht gestellt; wenigstens hat er nicht den Mut gehabt, diese Forderung mit einem runden Nein zu beantworten. Er hat den Warschauer vielmehr ganz offenkundig die Vorhand eingeräumt, für den Fall, daß die neue freie Stadt, die sich, weil die Japaner es so wollen, nicht als Hanjantstadt bezeichnen darf, jemals in die Gefahr militärischer Verwundungen geraten sollte. Derartige Nachsichtigkeiten gegenüber einer Nation, die jedes Augenblick über die Grenze ihrer Zuständigkeit verloren hat, zeigen lediglich ein trügerisches Verlangen nach Frieden, und so kann man nur sagen, daß der Völkerbund die Behandlung, die er sich jetzt von polnischer Seite gefallen lassen muß, reichlich verdient hat.

Ober was soll man zu der Vorsicht sagen, mit der die deutsche Frage in Genf umgegangen wird. Die Frage, ob es erlaubt sei, mit Deutschland schon irgend welche geregelt Beziehungen aufzunehmen. Der erste, der den Mut hatte, in dieser Richtung einen fertigen Vorschlag zu unterbreiten, war der argentinische Minister des Auswärtigen. Hund heraus erklärte er der Versammlung, daß sein Land gar keine Schwierigkeiten gehabt habe, die Pflichten der Neutralität im Weltkrieg auch Deutschland gegenüber aufrechtzuerhalten. Selbst während der überaus schwierigen Zeiten des U-Vorkrieges habe Deutschland die argentinischen Interessen sorgfältig respektiert. Sogar in den Sperrenzeiten, wo es wirklich nicht leicht war, so weitgehende Rücksichten zu nehmen. Leider eine verspätete, eine sehr verspätete Anerkennung der Seeträgerführung Deutschlands. Warum wohl haben nicht wie Argentinien, auch andere unabhängige Länder an ihrer Neutralität festgehalten, sondern sich von den Feinden ins Schlepptau nehmen lassen? Kurzum nicht und gegen Deutschland vorzunehmenden Leuten die Erkenntnis dämmern, daß hier die Schuld durchaus nicht bloß auf deutscher Seite gelegen hat? Aber weiter: Was Herr Barnes, der englische Arbeitsminister, bringt im Namen der britischen Arbeiterschaft eine Lanze für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Er findet manches kräftige Wort zur Kennzeichnung der Tendenzen, die Deutsch-

land durchaus noch länger in seiner jämmerlichen Isolierung festhalten wollen. Er verurteilt den Haß, von dem man sich immer noch nicht frei zu machen vermag, und verlangt Aufklärung darüber, warum der Völkerbundrat den russisch-polnischen Krieg nicht verhindert habe. Aber er fand mit alledem nur möglichen Weisfall. Man haunte ihn an wie ein Wunderkinder, das sich in ungewöhnlicher Umgebung nicht recht zu benehmen weiß, und über das man am zweckmäßigsten mit spöttisch mißbilligender Kopfbewegung zur Tagesordnung übergeht. Was uns Deutschen im Grunde in solange nur recht sein kann, als der Völkerbund das bleibt, was er ist und sein will: ein Instrument zur unheimlichen Durchführung des Vertrages von Versailles.

Außerordentlich gut paßt in diesem Rahmen die Mitteilung, daß die interalliierte Völkervereinigung neuerdings von Deutschland die Ablieferung der beiden Zepellin-Luftschiffe fordert, die wir uns gerade noch aus dem juristischen Zusammenbruch unseres Luftverkehrs gerettet haben. Jetzt sollen auch noch die 'Hohensee' und der 'Nordstern' genommen werden als Pfand für zwei zerstörte deutsche Luftschiffe, vorbehaltlich weiterer Erfassungsforderungen für die übrigen zerstörten Luftschiffe. Die deutsche Regierung vertritt natürlich den Standpunkt, daß solche Ansprüche nicht mehr erhoben werden können, weil alle während des Waffenstillstandes vorgekommenen Verträge durch das Scapa Flow-Protokoll ausgeglichen sind. Aber wird sie damit Erfolg haben? Und ist es nicht hübsch, daß gerade während der Völkerbund in Genf verjammelt ist, diese neue Zumutung und Demütigung uns angekommen werden? Die Dhnmacht dieses Gebildes, mit dem angeblich eine neue Epoche der Weltgeschichte eingeläutet worden ist, kann nicht besser gekennzeichnet werden als durch diese neue Forderung.

### Um die Festschließung der deutschen Schuld.

**Lloyd Georges Ratifikation an Frankreich.**  
Der Londoner Vertreter eines großen Pariser Blattes hatte eine Unterredung mit Lloyd George, in der er mit ihm auch über die Wiedergutmachungsfrage sprach. Der Korrespondent sagte u. a.: 'Es gibt bei uns in Frankreich eine Frage, die über alle anderen Fragen steht, weil wir während des Krieges mehr gelitten haben als die anderen, das ist die Wiedergutmachungsfrage. Zu recht oder zu unrecht glauben gewisse Kreise in Frankreich, daß man sich in England vom französischen Standpunkt entfernt, in ihr sogar bekämpft.'

**Lloyd George antwortete** darauf: 'Zu recht oder unrecht? Ich sage zu unrecht! Da Sie diesen Hauptpunkt berühren, der auch für uns ein Hauptpunkt ist, werde ich Ihnen meine Meinung klar sagen: Muß man Deutschland bezahlen lassen, soweit dies möglich ist? Ja. Aber wieviel? Haben Sie eine feste Zahl? Ich sage Ihnen: Bestimmen Sie die Zahl. Ich sage das nicht, um Deutschland ein Verhängnis zu bereiten. Solange ich noch Rechtsanwalt war, ehe ich mich der Politik zuwandte, habe ich stets folgende Richtlinien befolgt: Wenn ich mit einem Schuldner gegenüber stand, so machte ich mir natürlich von meinem Rechte ausgiebigen Gebrauch. Aber sollte ich Mobilien und Immobilien verkaufen lassen, so daß Frauen und Kinder Gefahr liefen, mittellos zurückzubleiben? Oder aber was es nicht besser zu sagen: Sie könnten mir so und so viel, — was können Sie sofort, was können Sie in einem Jahr, was können Sie in zehn Jahren zahlen? Das war nach meiner Ansicht die beste Methode, und das ist auch die Methode, die ich Deutschland gegenüber anzuwenden empfehle. Man soll den Schuldner nicht ohne Kontrolle lassen. Man muß ihn kontrollieren, man muß seine Zahlungsfähigkeit abschätzen, und man muß vor allen Dingen eine Summe diktiert. Diskutieren wir also, und wenn die Summe fixiert sein wird, so wird England Frankreich zur Seite stehen, um zu fordern.'

### Deutscher Reichstag.

(21. Sitzung.)

W. Berlin, 20. November.

Vor schwach besuchtem Hause wurde heute die sozialdemokratische Interpellation betr. die Sozialisierung des Kohlenbergbaues behandelt. Vorher wurde der Gesetzentwurf zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers und der Kriegsgeldgabe vom Vermögenswachsstrom dem Steueranschuss überwiesen.

#### Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut: 'Ist die Reichsregierung bereit, zu erklären, wann sie den schon wiederholt und besonders eindringlich nach dem Abkommen von

Spa zugestanden Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorlegen wird und zwar einen Entwurf, der sich nicht etwa auf eine Gewinn-, Kapital- oder Ertragsbeteiligung der Arbeiter beschränkt, vielmehr die Vollsozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung durchzuführen wird.'

Zur Beantwortung erhielt der Abg. Köpfer (Soz.) das Wort. Der Reichsarbeitsminister Braun, so führte er aus, hat erklärt, daß die Reichsregierung der Frage der Sozialisierung nicht aus dem Wege gehen werde und daß der Reichswirtschaftsminister brautragt sei, unverzüglich die weitere Verfolgung der Angelegenheit zu betreiben, sobald der Bericht der Sozialisierungskommission vorliegt. Dann hat das Reichskabinett den Wirtschaftsminister aufgefordert, umgehend den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen. Schließlich hat der Reichskanzler v. Kaumer dem Reichswirtschaftsminister erklärt, das Reichskabinett stehe noch heute geschlossen auf dem Boden der früheren Erklärungen. Danach hat die Regierung ungenügend die Vorlegung eines Gesetzes versprochen. Seitdem aber herrscht über allen Regierungswesen Ruhe. Ich frage daher, auf welchem Standpunkt steht die Regierung jetzt. Wir müssen heute eine klare und klare Antwort bekommen. Die Frage ist, ob der Bergwerksbetrieb ein privatkapitalistisches Monopol bleiben soll oder ein gemeinschaftliches Unternehmen, das dem Volksganzen zu dienen hat. Der Redner verbreitete sich dann über den Bergbaubetrieb und erklärte am Ende: Die Bergarbeiter wollen nur ihre Arbeit in den Dienst des Ganzen stellen, werden sie aber von der Regierung enttäuscht, dann ist vielleicht nicht mehr möglich, das Abkommen von Spa zu erfüllen.

#### Antwort der Regierung.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Die Reichsregierung wird auf Grund der Erklärung vom 27. 10. einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bergbaues mit größtmöglicher Beschleunigung der gegenwärtigen Kämpfer vorlegen. Im gegenwärtigen Augenblick sind die Beratungen der Sachverständigen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates und des Reichsnotopfers über die Endfragen des Entwurfes noch nicht abgeschlossen. Vielmehr ist, wie bekannt, die ursprünglich nur aus Vertretern des Kohlenbergbaues bestehende Sachverständigenkommission durch weitere Sachverständige ergänzt worden, um endgültig eine gemeinsame Grundlage für diese wichtige Frage der Neuorganisation unseres Wirtschaftslebens zu finden. Die Kommission beabsichtigt, ihre Verhandlungen am 1. Dezember dieses Jahres aufzunehmen. Solange die berufenen Sachverständigenvertreter noch in ausgiebigen Verhandlungen über einheitliche, aus gemeinsamer Verständigung hervorgegangenen Richtlinien beraten, wäre es eine nicht genügende Beachtung kaufmännischer Mitarbeit und der produktiven Kräfte, wenn die Reichsregierung schon jetzt einen endgültigen Beschluß über den Inhalt des Gesetzes geben oder eine Mitteilung über dessen Richtlinien machen würde.

Dieser Erklärung fehlte der Reichswirtschaftsminister noch einige Bemerkungen hinzu. Der Abg. Köpfer hat an die Regierung die Frage gestellt, ob sie nach wie vor bereit sei, die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bergbaues vorzunehmen. Ich kann versichern, daß die Reichsregierung dabei einen geraden und wohlüberlegten Weg einschlagen wird. Daß die Frage der gemeinwirtschaftlichen Regelung nicht einfach zu lösen ist, hat auch der Abg. Köpfer anerkannt. Diese Tatsache dürfte mit großer Deutlichkeit auch daraus hervorgehen, daß auch die Partei der Interpellanten, die anderthalb Jahre lang seit allein, teils maßgebend in der Reichsregierung gewesen hat, einen solchen Weg während der Zeit ihrer maßgebenden Tätigkeit uns nicht vorgeschlagen vermocht. Es wäre nach Auffassung der Reichsregierung vermessend, wenn wir in dieser außerordentlich schwierigen Frage

unter Nichtachtung derjenigen Beratungen voringen, die gerade im Augenblick unter den ersten Sachverständigen auf diesem Gebiete stattfinden. Wir müssen vielmehr heute, wie immer, alle Parteien dieses Hauses bitten, in dieser für unser gesamtes Wirtschaftsleben so außerordentlich einschneidenden Frage unter Zurückstellung aller parteipolitischen Ansichten, rein vom wirtschaftlichen Standpunkt aus mit uns und mit den Sachverständigen zu prüfen, welche Forderung dieser Frage und näher können. Deshalb kann die Regierung im gegenwärtigen Augenblick, wenn sie Ihre Aufgabe ernst aufstellt, an den Beratungen der Sachverständigen nicht vorbeigehen. Sie muß mit ihnen wünschen, daß sie geordneten Wege zum Segen unseres Vaterlandes.

#### Besprechung der Interpellation.

Abg. Vols (Zentr.) erklärte, daß seine Fraktion die Erklärung der Regierung billige, und daß sie es nicht für zweckmäßig halte, jetzt in eine materielle Beratung der Frage einzutreten.

Abg. Leopold (deutsch-nat.) erklärte, daß die Sozialdemokratie heute so laut und gebieterisch die Sozialisierung fordert, so kann dies nur durch Gründe der Propaganda und der Taktik diktiert sein. Die wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes ist so düster wie nie zuvor. Die beiden bisherigen Sozialisierungskommissionen sind derart einseitig zusammengesetzt ge-